

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserats 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Viel Glück im Neuen Jahr!

wünschen allen Verbandsmitgliedern daheim und im Felde

Redaktion
und Verbandsvorstand.

Ein ereignisvolles Jahr

Das deutsche Volk befindet sich am Abschluss eines in seiner Geschichte ereignisreichsten Jahres. Wir stehen den Dingen noch viel zu nahe, um sie nach jeder Richtung hin würdigen zu können. Wir empfinden nur, daß wir uns der Vollendung einer der größten weltgeschichtlichen Epochen nähern. Erst einer späteren Zeit bleibt eine volle Würdigung vorbehalten.

Es sprechen ja auch jetzt noch die Kanonen ihr ernstes und gewichtiges Wort. Aber dahinein dringen deutlich vernehmbar Friedensklänge. Man darf wohl sagen, daß die Liquidation des gewaltigsten Völkerringens aller Zeiten begonnen hat.

Das deutsche Volk kann mit Dank gegen Gott und seine tapferen Heere auf das zu Ende gehende Jahr zurückblicken. Ebenso viele Hoffnungen unserer Feinde liegen zertrümmert am Boden. Wären unsere Gegner nicht von weittragenden Hoffnungen und Erwartungen erfüllt gewesen, so hätten sie das von Deutschland im November 1916 gestellte Friedensangebot nicht so brüsk zurückgewiesen. Was ihnen in den vorausgegangenen Kriegsjahren nicht möglich gewesen war, sollte im Jahre 1917 vollendet werden. Ihr ganzes Trachten war auf einen gemeinsamen Angriff auf Deutschland und seine Verbündeten an ihren sämtlichen Fronten gerichtet. Die Ziele, die sie damit zu erreichen gedachten, haben die russischen Geheimdokumente enthüllt. Die russische Revolution hat einen recht biden Streich durch diese Rechnung gemacht. Der jetzige Waffenstillstand setzt den Schlüsselpunkt darunter. Aber auch an keiner der übrigen Fronten vermochte England seine Trabanten zum gemeinsamen Angriff zu bringen. Und so können wir sagen, daß die gegenwärtige militärische Lage Deutschlands so günstig wie nie zuvor ist. Die Vorstöße, die die revolutionäre russische Regierung im Verlaufe des Jahres noch zu organisieren vermochte, brachen nicht nur jämmerlich zusammen, sie wurden in das direkte Gegenteil verkehrt. Die noch besetzten galizischen Teile Oesterreichs wurden von der russischen Invasion befreit, Dage und die baltischen Inseln erobert. In Italien wurde ein Schlag von unerhörter Wucht und weittragender politischer Bedeutung gegen den ehemaligen, aber ungetreuen Verbündeten geführt. Zwar vermochte England in Mesopotamien und Palästina Erfolge zu erringen. Daß diese von ausschlaggebendem Einfluß auf den Ausgang des Weltkrieges nicht sein können, obwohl sie im Bereich englischer Kriegsziele liegen, brauchen wir nicht näher auseinanderzusetzen.

Im Westen mühten sich England und Frankreich vergebens ab, in opfervollem Anstürmen die deutsche Mauer zu durchbrechen. Es war vergebens. Die wenigen Quadratkilometer, die England und Frankreich zu erobern vermochten, stehen in keinem Verhältnis weder zu den gebrachten Opfern noch zu den Erfolgen, die Deutschland an anderen Fronten zu erringen vermochte.

Abschließend können wir daher nur noch einmal betonen, daß die militärischen Ausichten Deutschlands am Ende des Jahres 1917 überaus günstige sind. Der Waffenstillstand an der ganzen Ostfront und der voraussichtliche Frieden geben Deutschland die Arme frei, um sich seiner hartnäckigsten, erbittertesten und böseartigsten Feinde zu erwehren. Die moralische Wirkung, die in dieser Tatsache für das deutsche Volk und insbesondere für sein Heer liegt, ist von

weittragender Bedeutung. Man wird sich aber kaum einer Täuschung hingeben, wenn man nach den letzten Reden der englischen und französischen Staatsmänner zu dem Schluß kommt, daß wir eher keinen allgemeinen Frieden erlangen, bis eine Entscheidung im Westen herbeigeführt ist. Das bedeutet nichts anderes wie die weitere Fortsetzung des Krieges. Unsere Feinde wollen es so. Wir haben uns mit dieser Tatsache abzufinden und unsere Vorbereitungen entsprechend zu treffen. Der angehende Friede im Osten aber darf von uns als das sicherste Zeichen dafür angesehen werden, daß der Weltfriede am Marschieren ist.

Können wir so konstatieren, daß die äußere Lage Deutschlands eine sehr günstige ist und von großen politischen Erfolgen getragen sein wird, vermögen wir ein ähnliches auch von den innerpolitischen Verhältnissen nicht zu konstatieren. Die Ereignisse, von denen das deutsche Volk im jetzt zu Ende gehenden Jahre tief erfaßt und erschüttert wurde, sind ebenso von außergewöhnlicher Tragweite. Manche unerfreuliche Erscheinung ist damit verbunden. Wir hoffen, daß sie der erforderlichen Klärung im Innern dienen und das Fundament bereiten helfen, auf dem die Zukunft des deutschen Volkes stark und sicher aufgebaut wird.

Wenn diese inneren Erschütterungen zu einem Teil aus den Kriegszielerörterungen hervorgingen, so waren es diese Ziele, die Deutschland in diesen gewaltigen Dingen zu erreichen gesteckt sind, nicht allein, sondern es flossen innerpolitische Absichten und Beweggründe mit hinein. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß wir zur Verteidigung unseres Vaterlandes ausgezogen sind. Mit dem Fortschreiten des Krieges haben diese Anschauungen eine Veränderung erfahren, die insonderheit durch die Befestigung ungeheurer feindlicher Gebiete hervorgerufen wurde. Das Friedenssehnen im deutschen Volk muß man sich allerdings auch aus psychologischen Gründen erklären. Die gewaltigen Opfer, die von breiten Volksschichten zu tragen sind, mußten ein starkes Friedenssehnen auslösen. Indem die deutsche Regierung sich zu einem Verständigungsfrieden bereit erklärte, hat sie den Willen dieser Schichten zum Durchhalten ohne allen Zweifel gestützt und gestärkt. Auch die üblen Begleitererscheinungen des Krieges, worunter wir die Gewinngier und den Wuchergeist hervorheben, haben den Drang nach Frieden verstärkt. Ohne diese häßlichen Erscheinungen und bei einer gleichmäßigen Verteilung der Lasten würde der Wille des deutschen Volkes in seiner Allgemeinheit zum Durchhalten viel stärker und resoluter zum Ausdruck kommen. Nur ganz wenige verschrobene Köpfe können sich für einen Verzichtsfrieden erklären. Wenn das Wohl und Wehe des Deutschen Reiches, seiner Bevölkerung, insbesondere das der breiten Arbeitermassen am Herzen liegt, muß für einen Frieden eintreten, der den Bestand des Reiches sichert und stärkt, der die Garantie für eine volle freie Betätigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens bietet. Es sollte eigentlich ein leichtes sein, auf dieses Ziel alle Volkskräfte zu konzentrieren. Leider gehen die Ansichten darüber so weit auseinander, daß eine breite Bertsichtigung im deutschen Volk entstehen konnte.

Die innerpolitischen Vorgänge beruhen auch auf dem Willen zu notwendigen politischen Reformen. Gerade die üblen Kriegsercheinungen haben die Unzufriedenheit mit überlebten und unzeitgemäßen politischen Einrichtungen zur hellen Flamme entfacht. Der sichtbarste Ausdruck dafür ist das Verlangen auf Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Die politische Gleichberechtigung wird heute schärfer denn je gefordert. Aber auch Beseitigung jener hemmenden Vorschriften, die als Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft wirksam waren. So wie jeder Deutsche sein Vaterland draußen an der Front verteidigt, ist auch im Inneren die volle Gleichberechtigung herbeizuführen.

Es erscheint nicht als ein Zeichen von Stärke, wenn die politisch bevorrechtigten Kreise in Deutschland bzw. Preußen sich gegen jede Änderung dieses

Zustandes wehren. Wenn sie bei dieser Abwehr auf die feindlichen Staatsmänner hinweisen, die nur mit einem demokratischen Deutschland verhandeln zu wollen vorgeben, so trifft dieses den Kern der Sache nicht. Das Streben auf Beseitigung dieser Bevorrechtigung geht von deutschen bzw. preussischen Staatsbürgern selbst aus, die unter den bisherigen Zuständen sich benachteiligt fühlen mußten und die jetzt die Beseitigung dieser Ungleichheit fordern. Hier liegt der entscheidende Punkt. Weitblickende Politiker hätten nicht gewartet, bis unter dem Zwang der Verhältnisse die Dinge auf die Spitze treiben mußten, sondern hätten frühzeitig den Erfordernissen Rechnung getragen. An ihnen liegt es nun, ob die erbitterten innerpolitischen Auseinandersetzungen auch in Zukunft fortbestehen sollen, oder ob sie die Zeichen der Zeit verstehen und damit für sich selbst neues Vertrauen im Volk gewinnen wollen. Wir wissen den Wert staatsverhaltender konservativer Kraft zu schätzen. Neupfert sie sich jedoch in dem Sinn, wie wir es jetzt vor uns sehen, muß sie schädlich ausschlagen. Die nächsten Monate werden uns die Entscheidung bringen.

Allen diesen politischen Auseinandersetzungen liegt letzten Endes das Streben zugrunde, Deutschland stark und mächtig zu gestalten, seiner Bevölkerung wirtschaftliche Gleichberechtigung aufs neue zu geben und zu sichern. Wenn alle Kräfte des Volkes von diesem Geist getragen sind, muß dies unserem Vaterlande dienlich sein. Noch nie ist das Vaterland und der Begriff Staat den breiten Massen Deutschlands so nahegebracht worden, wie durch diesen Krieg. Erst jetzt haben sie das Wort „Vaterland“ richtig verstanden, ebenso aber auch, was der Staat für sie bedeutet und welchen Anteil sie an ihm haben bzw. nehmen müssen. Für alle soll der Staat ein Wohnliches Haus sein, das nicht bestimmten Schichten einseitige Vorrechte bietet. Dabei denken wir keineswegs an eine sozialdemokratische Gleichmacherei. Wir tragen den realen Tatsachen des menschlichen Lebens durchaus Rechnung, um so mehr müssen wir auf die Beseitigung politischer Vorrechte drängen.

Wir gehen mit der Hoffnung ins neue Jahr, daß diese innerpolitische Säuerung ebensowohl zum Segen für Deutschland gereichen werde wie die gewaltigen militärischen Erfolge nach außen. Wir begrüßen den angehenden Frieden im Osten als ein glückverheißendes Zeichen deutscher Zukunft. Wir tun es nicht, ohne daran zu denken, die mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit diese Erfolge haben herbeiführen helfen. Wir denken dabei schweren Herzens an so manchen Bekannten, an manchen lieben Freunde und an so manches unserer Mitglieder. Sie haben sich geopfert für ein großes, erhabenes Ziel. Wir denken auch an die schweren Opfer, die daheim zu bringen gewesen sind. Neben der Sorge um die im Felde Stehenden war vielfach sehr bittere Not zu überwinden. Das wird sich auch in der Zukunft nur wenig ändern, vielleicht werden hier und da noch größere Opfer von uns gefordert. Sie müssen getragen, sie müssen überwunden werden. Wir wissen, was auf dem Spiele steht. Was das Schwert in den mehr als drei langen Kriegsjahren errungen, darf am Ende nicht durch den Zusammenbruch in der Heimat gefährdet werden. Stark sein überall, heißt es auch jetzt noch. Gerade in den kommenden Monaten, die das gewaltige Ringen besiegeln werden, muß Deutschlands Größe sich im hellsten Lichte zeigen. Mit diesem Wunsche treten wir in das neue Jahr hinein.

Vertragsverlängerung für das Wiederaufbaugeliet Ostpreußen

Am 10. Dezember 1917 fanden im Regierungsgebäude zu Königsberg i. Pr. Verhandlungen zwischen dem Ostpreussischen Arbeitgeber-Bezirksverbande für das Baugewerbe und den vertragsschließenden Zentralverbänden der Arbeitnehmer statt. Von unserem Verbande nahm unser Zentralvor-

Weihnachtsfreud' für alle, alt und jung Beliebt die Deutsche Volksversicherung!

ihrender Kollege Wiebeberg, sowie der Bezirksleiter Kollege Schönekläs an den Verhandlungen teil. Der Herr Oberpräsident v. Berg eröffnete die Sitzung persönlich und gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen möge, durch gemeinsame Aussprache, den Vertrag wieder auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß die Arbeiter bei den gesteigerten Preisen der Lebensmittel das Bedürfnis einer Lohnerhöhung hätten, er bitte nur, daß sie sich in bescheidenen Grenzen halten möge. Die weiteren Verhandlungen führte dann, wie im Vorjahre, Herr Oberregierungsrat Mand.

Unsererseits wurde nach eingehender Begründung eine Lohnerhöhung resp. Teuerungszulage von 25 Pf. pro Stunde gefordert, außerdem ein Ausgleich der Stundenlöhne in den Grenzgebieten mit dem eigentlichen Wiederaufbaugesbiet. Letzteres lehnten die Arbeitgeber ab. Nach längerer Verhandlung boten die Arbeitgeber dieselben Zuschläge, wie sie für das Reich vereinbart sind, nur daß die 10 Pf. Erhöhung nicht am 10., sondern erst am 17. Dezember in Kraft treten soll. Die Arbeitnehmervertreter erklärten sich hiermit einverstanden, verlangten aber, wenn nicht für die gesamten Grenzgebiete, so doch für die größeren Orte einen Ausgleich, und zwar für Allenstein, Osterode, Raftenburg, Insterburg und Tilsit-Magnit. Nach nochmaliger Einzelberatung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigte man sich dahin, daß für diese fünf Lohngebiete ein Ausgleich von 5 Pf. pro Stunde eintreten soll, und zwar am 1. Juli 1918.

Der hauptsächlichste Teil der Vereinbarungen ist hier zur Information für unsere Mitglieder niedergelegt.

§ 1.

Alle am 31. März 1918 abgelaufenen, für die Provinz Ostpreußen am 30. März 1917 vorliegenden Tarifverträge für das Baugewerbe einschl. der dazugehörigen Vereinbarungen und Erklärungen (siehe Heft 10, Seite 53 der Veröffentlichungen des Ostpr. Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das Baugewerbe) werden ohne Änderung bis zum 31. März 1919 verlängert.

§ 2.

Auf allen Arbeitsstätten, die unter den § 1 fallen, wird sämtlichen in dem Tarifvertrage aufgeführten Arbeitergruppen bei Zeit- und Akkordarbeit eine neue Kriegsteuerungszulage gezahlt. Diese beträgt für die Arbeitsstunde:

vom 17. Dezember 1917 (einschließlich) an 10 Pfg., vom 1. April 1918 an weitere 5 Pfenning, und für die Tarifgebiete Allenstein, Insterburg, Tilsit-Magnit, Raftenburg und Osterode vom 1. Juli 1918 an weitere 5 Pfenning.

§ 3.

Diese Vereinbarung gilt auch für Verträge im Fliesenlegergewerbe, soweit diese zwischen Unterorganisationen der vertragsschließenden Parteien abgeschlossen sind.

§ 4.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, sämtliche Tarifinstanzen während der Dauer dieser Vereinbarung verhandlungsfähig zu erhalten, an den Verhandlungen teilzunehmen und die Entscheidungen durchzuführen (vergl. Entsch. des Haupttribunales Nr. 183). Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung unterliegen ebenfalls der Entscheidung der Tarifinstanzen.

§ 5.

Die Vertragsparteien verpflichten sich und ihre Unterorganisationen, ihren ganzen Einfluß für die Durchsetzung der Aufrechterhaltung dieser Vereinbarung einzusetzen. Sie erklären, daß sie Bestrebungen, die auf Erhöhung oder Herabsetzung der vereinbarten Kriegsteuerungszulagen während der Dauer dieser Vereinbarung zielen, nicht anregen oder unterstützen, sondern ihnen als vertragswidrig entgegenzutreten werden.

Tamit die Kollegen, besonders die Bauhilfsarbeiter, da für diese die Löhne fast in jedem Lohngebiete andere sind, wissen, wie hoch die Stundenlöhne sind, werden die Lohngebiete hier aufgeführt. Der Stundenlohn beträgt demnach in den einzelnen Lohngebieten:

Lohngebiet	Maurer, Zimmerer u. Zementfahrb.			Bauhilfsarbeiter			Kalt- und Stieglträger		
	17. 12. 1917	1. 4. 1918	1. 7. 1918	17. 12. 1917	1. 4. 1918	1. 7. 1918	17. 12. 1917	1. 4. 1918	1. 7. 1918
1. Allenstein	105	110	115	85	90	95	85	90	95
2. Insterburg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
3. Raftenburg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
4. Osterode	105	110	115	85	90	95	85	90	95
5. Tilsit-Magnit	105	110	115	85	90	95	85	90	95

Im Lohngebiet	Maurer, Zimmerer u. Zementfahrb.			Bauhilfsarbeiter			Kalt- und Stieglträger		
	17. 12. 1917	1. 4. 1918	1. 7. 1918	17. 12. 1917	1. 4. 1918	1. 7. 1918	17. 12. 1917	1. 4. 1918	1. 7. 1918
6. Soltau	105	110	115	85	90	95	85	90	95
7. Gumbinnen	105	110	115	85	90	95	85	90	95
8. Weidenburg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
9. Heilsberg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
10. Königsberg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
11. Elben	105	110	115	85	90	95	85	90	95
12. Eylau	105	110	115	85	90	95	85	90	95
13. Königsberg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
14. Wehlau	105	110	115	85	90	95	85	90	95
15. Memel	105	110	115	85	90	95	85	90	95
16. Ostpreußen	105	110	115	85	90	95	85	90	95
17. Weidenburg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
18. Königsberg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
19. Osterode	105	110	115	85	90	95	85	90	95
20. Wehlau	105	110	115	85	90	95	85	90	95
21. Wehlau	105	110	115	85	90	95	85	90	95
22. Raftenburg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
23. Königsberg	105	110	115	85	90	95	85	90	95
24. Königsberg	105	110	115	85	90	95	85	90	95

Unsere Mitglieder werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die vorstehenden Lohnsätze überall gezahlt werden, aber nicht nur für die Gesellen, sondern auch für die Bauhilfsarbeiter. Mächtige nun auch halb der Frieden kommen, damit unsere Kameraden, welche solange, auch für uns Daheimgebliebenen, draußen vorm Feinde kämpfen mußten, heimkehren können, um so unter einigermaßen günstigen Bedingungen arbeiten, und für ihre Familien sorgen zu können.

In diesem Sinne entbiete ich allen unseren Verbandskollegen im Bezirk, auch unseren Selbstvertrauen, ein glückseliges Neues Jahr.
Königsberg i. Pr., 17. Dez. 1917.

Aug. Schönekläs,
Bezirksleiter.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz I. Klasse erhielt Kollege **Sof. Kreutzke**, Mitglied der Verwaltungsstelle Augsburg. Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten folgende Kollegen: **Sof. Haase**, **Wilh. Figgemann** und **Franz Pape**, Mitglieder der Zahlstelle Ballebe; **Gefreiter Barth**, Mitglied der Zahlstelle Brühl; **Sof. Raltshewski**, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin; **Sof. Hölzen**, Mitglied der Zahlstelle Rheine; **Gefreiter Sof. Göbel**, Mitglied der Zahlstelle Sondersdorf; **Sof. Nolte**, Angestellter der Verwaltungsstelle Essen; **Sof. Wolf**, Mitglied der Verwaltungsstelle Fulda. Zum Vizefeldwebel befördert wurde Kollege **Ferdinand Weinholz**, Angestellter der Verwaltungsstelle Darmen-Ebersfeld.

Ein Volksbund für Freiheit und Vaterland ist am 4. Dezember in Berlin gegründet worden, nachdem eine Versammlung von Organisationsvertretern am 14. November d. J. sich für eine Gründung ausgesprochen und auch beschlossen hatte. Verschiedene große wirtschaftliche Organisationen sind in dem Volksbund für Freiheit und Vaterland zusammengeschlossen. Erster Vorsitzender ist Prof. Dr. E. Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Reichstagsabgeordneter Dauer von der General-Kommission der freien Gewerkschaften ist erster, Generalsekretär Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften zweiter stellvertretender Vorsitzender. Neben dem aus neun Personen bestehenden Vorstand besteht noch ein Arbeitsrat und ein Ausschuß. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland bezweckt eine Verbindung von auswärtiger und innerer Politik, die dem neuen Geiste Rechnung trägt, wie er sich während des Krieges im deutschen Volke ausgebildet hat.

Der Kampf gegen den Kriegsmacher findet allerlei Hemmnungen. Bei den Erörterungen im Reichstag über weitere Maßnahmen zur strengeren Bestrafung des Märders und jeder Art Freistreiberei haben die Vertreter der Großhandelsinteressen bereits Bedenken erhoben und vorläufiges Vorgehen angetan. Die große Mehrheit des Volkes, wie auch eine große Reichstagsmehrheit wünscht aber, daß endlich Jährl gegen den demoralisierenden Mörder vorgegangen wird. Die Regierung ist bereit, dem entgegenzukommen und im Begriffe, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Dazu haben eine Reihe, namentlich sündendliche Preisprüfungsstellen, Anträge gestellt und verlangt, daß den Preisprüfungsstellen richterliche Befugnisse eingeräumt werden, damit dieselbe und frühere Jährl an den Märdern geübt werden können; ein Mittel, das zweifellos außerordentlich wirksam wäre, und das von den Justiz- und Abgeordneten Götter, Eppstein auch empfohlen wurde, als er die Aburteilung von Sachverständigen übertragen wissen wollte. Gegen den Vorstoß der Preisprüfungsstellen hat sich der Reichstag geradezu und verständig mit Jaerzucht geäußert. Die Preisprüfungsstellen sind für die Ver-

legung von Strafbefugnissen an die Preisprüfungsstellen nicht beabsichtigt sei. Dieser Vorgang fordert Vergleiche heraus. Im Jahre 1912 verlangte der Hansabund gegenüber „Ausführungen der Arbeiterbewegung“ die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Verkürzung von Fristen und Verminderung von Formlichkeiten; weiter eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe und des Verkehrs, gegenüber von Streikzettelern usw. Es wäre wünschenswert, daß der Hansabund gegenüber Wucherzettelern heute dieselbe Stellung einnimmt.

Industriearbeiterschaft und Landbesitz. Mehr als eine Million Arbeiter und sonstige unselbständige Personen in der Industrie erfreuten sich nach der letzten Betriebszählung von 1907 eines kleinen landwirtschaftlichen Besitzes, sei es an eigenem Land, sei es als Pächter. Es gab damit doppelt soviel Industriearbeiter als Landwirte, die über ein Stück Land verfügten.

Invalidenrente auch für die Dauer des militärischen Heilverfahrens. Der von einem Kriegsblinden gestellte Antrag, ihm für die Zeit der Lazarettbehandlung die Invalidenrente zu gewähren, war von einer Landesversicherungsanstalt mit dem Hinweis auf § 1271 Reichsversicherungsordnung, wonach die Invalidenrente für die Dauer des Heilverfahrens ganz oder teilweise versagt werden kann, abgelehnt worden; die Rente könne erst von der Entlassung aus dem Lazarett an gezahlt werden. Das Reichsversicherungsamt hat die Invalidenrente gemäß dem Antrage in vollem Umfang zugesprochen: Die Berufung auf § 1271 sei unzulässig; auf ein von der Seeresverwaltung durchgeführtes Heilverfahren finde die Bestimmung überhaupt keine Anwendung. Die Rente dürfe auch aus Billigkeitsrücksichten nicht für die Zeit vorerhalten werden, wo der Kriegsbeschädigte von der Seeresverwaltung verpflegt werde, da er doch durch die vor der Einberufung zum Seeresdienst geleisteten Beiträge ein Anrecht auf die Leistungen erworben habe. — Das Reichsversicherungsamt weist aber besonders darauf hin, daß nicht bei jeder Heilkur in einem Lazarett ein Anspruch auf Invalidenrente begründet sei; vielmehr müßten auch die gesetzlichen Voraussetzungen hierzu, insbesondere Invalidität im Gefesstame (§ 1255 Reichsversicherungsordnung), vorliegen. Diese sei aber nur vorhanden, wenn der Behandelte nicht mehr imstande wäre, das sogenannte gesetzliche Lohn Drittel zu verdienen; seine Erwerbsfähigkeit müsse auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, nicht etwa nur in seinem bisherigen Beruf, um mehr als zwei Drittel gemindert sein.

Landwirtschaftliche Produktionswerte. Während die Getreideernte des Deutschen Reiches einen Wert von etwa 300 Millionen Mark jährlich ausmachte, überstieg die Einfuhr an Futtermitteln, durch welche die Erzeugnisse an Fleisch, Milch, Butter und Käse mit hergestellt wurden, die Summe von über eine Milliarde Mark. Die Erzeugnisse der deutschen Viehzucht stellten vor dem Kriege einen Wert von fast acht Milliarden dar. Diese Zahl wird besonders veranschaulicht, wenn zum Vergleich die gesamte Eisenerzeugung mit knapp einer Milliarde und die ganze Kohlenenerzeugung mit rund zwei Milliarden gegenübergestellt wird.

Das Versicherungswesen Deutschlands. Das Versicherungswesen ist in Deutschland sowohl von privater Seite wie von Reich wegen hochentwickelt. Die Prämien-einnahmen der deutschen Versicherungsgesellschaften (ohne die staatliche Sozialversicherung) betragen rund 2200 Millionen Mark jährlich. An erster Stelle steht die Lebens- und Feuerversicherung. Im Lebensversicherungsgeschäft spielt auch die Versicherung kleiner Summen im Zweige der Volksversicherung eine große Rolle. Die Kapitalanlage der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften ist zu fast 90 Prozent in Hypotheken und Grundbesitz, der sichersten volkswirtschaftlichen Anlagemöglichkeit, erfolgt. In der Feuerversicherung besteht neben den privaten Gesellschaften eine umfangreiche öffentlich-rechtlich organisierte Versicherung. Die Tätigkeit der deutschen Versicherungsgesellschaften erstreckt sich auch auf fremde Länder.

Soziale Bilder aus dem Saarrevier. Wir entnehmen dem christlichen „Metallarbeiter“: In dem militärisch wie kriegswirtschaftlich gleich wichtigen Saarrevier Industriebezirk herrscht zurzeit innerhalb der organisierten Arbeiterchaft eine tiefe Erbitterung, die leicht bedenkliche Folgen haben könnte, wenn nicht so schnell als möglich von den in Betracht kommenden militärischen Stellen eingegriffen wird.

Die Organisationsbestrebungen der Arbeiterchaft, besonders auch unser christlicher Metallarbeiterverband, haben während der letzten Zeit im Saarrevier Industriebezirk einen starken Aufschwung genommen. Trotz des Bürgerfriedens versuchen die dortigen Industriekapitäne und Führer der „Vaterlandspartei“ diese Entwicklung mit Hilfe der „wirtschaftsfriedlichen“ Hintenan zu halten. Die Industriellen stellen den „Wirtschaftsfriedlichen“ Bureau-räume und durch die Meister einen gewaltigen Agitationsapparat zur Verfügung. Gelegentliche Schützengraben-brochungen spielen eine ziemlich große Rolle. — Dann geht man noch dazu über, die organisierten Arbeiter wie auch die unorganisierten, die nicht dem Gelben Werkvereine angehören, im Lohnverkommen zu schädigen. Neben dem Geldlohn, der für alle Arbeiter gleich sein soll, erhalten die Wirtschaftsfriedlichen erhebliche Zuwendungen in Form von Prämien und Extrazulagen. So gab die Burbacher Hütte den Mitgliedern der wirtschaftsfriedlichen Vereine Dienstleistungsprämien in Höhe von insgesamt 500 000 M. Die Burbacher Hütte zu dem gleichen Zweck 5000 M. Für die Dillinger Hütte erhalten die organisierten Arbeiter nur in mäßigen Mengen Kohlen und müssen daher noch wochenlang darauf warten; hingegen werden die Gelben an erster Stelle, und zwar sehr reichlich, mit

das geschliche, durch die Reichsstelle festgesetzte Quantum hinaus befördert. Weiktraut und Zwiebeln, die der Dillinger Sütte von der Reichsgemüsstelle zur Verteilung an die gesamte Belegschaft überwiesen wurden, gelangten ebenfalls nur an die Mitglieder der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine zur Verteilung. Vorstehende Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wo die Ursachen der augenblicklichen Erregung der organisierten Arbeiterschaft im Saarrevier zu suchen sind, und wer die Verantwortung zu tragen hat, wenn infolge dieser Zustände unliebsame Erörungen in den dortigen kriegswichtigen Betrieben eintreten sollten.

Das Verkehrsweisen Deutschlands. Das deutsche Eisenbahnnetz steht an Ausdehnung nur den Vereinigten Staaten, an Dichtigkeit nur England und Belgien nach. Neben den Eisenbahnen dient dem Verkehr ein großes Netz schiffbarer Flüsse und Kanäle, das an Ausdehnung in Europa nur von Rußland übertroffen wird, während die Leistungsfähigkeit des etwa gleich großen französischen Wasserstraßennetzes erheblich hinter dem deutschen zurückbleibt. Der Güterverkehr in der Binnenschifffahrt entspricht etwa einem Drittel des Eisenbahnverkehrs. Für den Ausbau der Wasserstraßen sind große Summen, in Preußen allein in den letzten 25 Jahren 2 Milliarden Mark, aufgebracht worden. Binnenschifffahrtsverkehr und Raumgehalt der Binnenschiffe haben sich in 25 Jahren etwa verdreifacht. Ferner verfügt Deutschland über ein großes Netz von Landstraßen, deren Länge sich in Preußen in 25 Jahren verdoppelt hat.

Der Geburtenrückgang in Stadt und Land. Auf 1000 weibliche Personen im Alter von 14 bis 45 Jahren entfielen in Preußen durchschnittlich jährlich Lebendgeborene in dem Zeitraum 1876/80 in den Städten 160,64, auf dem Lande 182,93; dagegen in dem Zeitraum 1906/10 in den Städten 117,61, auf dem Lande 168,77. In den Städten ergibt sich also ein Rückgang in den 34 Jahren von 43, auf dem Lande ein solcher von 14; in den Städten also das Dreifache. Und das trotz der weit höheren Geburtenziffer des Landes. In den Jahren 1876 bis 1900 ist sogar der Geburtenstand auf dem Lande gewachsen, während allerdings dann auch hier die städtischen Einflüsse sich unheimlich geltend machen. In den Städten näherten wir uns bereits französischen Zuständen. Und das, trotzdem sich die städtische Bevölkerung zum guten Teil aus dem Bezug vom Lande rekrutiert, und zwar aus den besten, fruchtbarsten Lebensaltern. Es sind vor allem die auf dem Lande geborenen Frauen, die in den Städten den Mangel der Geburtenziffer erheblich mäßigen. Es kamen 1910 auf 7,2 Millionen preussische Mütter mit deutscher Muttersprache 28,3 Millionen Kinder. Trotzdem 1910 auf die Städte 24 Millionen, auf die ländlichen Gemeinden aber nur 15 Millionen Einwohner kamen, so waren von diesen Müttern doch beinahe 6 Millionen auf dem Lande und nur 2,4 Millionen in der Stadt geboren. Von den in ländlichen Gemeinden wohnenden Frauen hatten 43,77 Prozent mehr als 4 Kinder, von den in den Städten nur 30,77. Soweit letztere in städtischen Gemeinden geboren waren, verminderte sich dieser Prozentsatz auf 28,24, während die vom Lande gekommenen Frauen 33,73 Prozent stellten. Der Geburtenrückgang hat zum guten Teil einen Ausgleich gefunden durch die verminderte Säuglingssterblichkeit. Während in den früheren Jahren die Landgemeinden hier am günstigsten standen, haben heute die Städte den Unterchied vielfach überholt, insbesondere die Großstädte. Dies ist in der Hauptsache auf die größere gesundheitliche Fürsorge und die besseren Einrichtungen in der Stadt zurückzuführen.

Wirtschaftliche Bewegung

Annahme der Steuererhöhung durch den Arbeitgeberbund.

Der Arbeitgeberbund für das Däugelwerbe hat auf seiner in Würzburg stattgefundenen Generalversammlung der neuen Steuererhöhung und der Vertragsverlängerung zugestimmt.

Bezirk Bochum.

Essen a. d. R. Am 4. Dezember beschäftigte sich die Sachprüfungskommission mit einem Antrag der Däugelarbeiterorganisationen, die „Aktien-Gesellschaft für Beton- und Monierbau“ zu beurteilen, an die von der Firma beschäftigten belgischen Arbeiter, die 2 Pfg. pro Stunde weniger erhalten, den Tariflohn zu zahlen. Der Vertreter der Firma legt die mit dem Industriebureau Brüssel getätigten Verträge vor und begründet die Nichtzahlung des Tariflohnes damit, daß durch Umverteilung der Leute der Firma große Unkosten entstanden, daß aber auch die Unterbringung und Beschäftigung mit einem geringeren Satz berechnet würde, als vertraglich zugehört.

Nach eingehender Besprechung der Frage erklärt sich der Vertreter der Firma bereit, auch den ausländischen Arbeitern ab 7. Dezember 1917 den Tariflohn zu zahlen.

Bezirk Münster.

Dsnabrück (Zielesleger). Hier kam es nach zweimaliger Verhandlung durch die Bezirksleitung mit den Unternehmern zu folgenden Vereinbarungen: Der Stundenlohn beträgt rückwirkend vom 1. November 85 Pfg., ab 1. Februar 1918 95 Pfg. Bei Reisekosten nach auswärtigen Arbeiten mit Übernachtungen beträgt er 10 Pfg. mehr. 2. Die Akkordpreise werden um 20 Prozent erhöht, bei schon übernommenen Aufträgen treten sie ab 1. Januar 1918 erst in Kraft. Ab 1. Februar 1918 tritt eine weitere Erhöhung um 20 Prozent ein, so daß seit 1916 die Akkordpreise um 50 Prozent dann steigen und der Stundenlohn von 75 auf 95 Pfg. Ebenso werden die Zulagen für auswärtige Arbeiten mit Übernachtungen von 2,50 \mathcal{M} auf 5 \mathcal{M} heraufgesetzt und ohne Übernachtungen von 1,50 \mathcal{M} auf 4 \mathcal{M} . In den letzten Ver-

handlungen nahmen sämtliche Mitglieder teil. Es sind gute Erfolge, die hier erzielt wurden, sie waren nur möglich, weil kein unorganisierte Zielesleger mehr vorhanden ist, und die Kollegen fest und geschlossen ihr Ziel verfolgten.

Münster (Zielesleger). Nachdem unsere Forderungen den Zieleslegern eingereicht waren, antwortete nur eine Firma, daß sie zu Verhandlungen bereit sei. Dann setzten wir selbst einen Verhandlungstermin fest und luden die Geschäfte dazu ein, sie waren auch sämtlich vertreten. Das Verhandlungsergebnis ist folgendes: Der schon im Dezember 1915 abgelaufene Tarifvertrag erhielt erneut Gültigkeit in allen seinen Bestimmungen mit der Abänderung, daß der Stundenlohn von 80 Pfg. auf 1,20 \mathcal{M} für Reisetunden auf 1 \mathcal{M} erhöht wurde. Die Akkordpreise für Fußbodenbelag wurden um ein Drittel, für Wandbelag um ein Fünftel erhöht. Beim Vorputzen der Wände erhält der Leger statt 30 Pfg. jetzt 45 Pfg. für das Quadratmeter. Die zu zahlenden Abschlagssummen wöchentlich wurden von 40 auf 60 \mathcal{M} erhöht. Im Jahre 1916 konnte eine Erneuerung des Vertrages nicht durchgeführt werden, jetzt ist das Verfaumte nachgeholt. Doch ganz bestimmt hätten wir bedeutend mehr noch von unseren Wünschen durchsetzen können, wenn nicht noch unorganisierte Zielesleger hier ihr Unwesen trieben. Was in Dsnabrück möglich war, wäre hier dann auch ganz bestimmt durchgeführt worden. Angesichts dieser Umstände ist das Ergebnis um so höher einzuschätzen.

Bezirk Berlin.

Am 6. August d. J. wurde vereinbart, daß Verhandlungen in der Zieleslegerei über weitere „Kriegssteuererhöhungen“ am 15. Oktober 1917 beginnen müssen, wenn diesbezügliche Anträge von den Vertragspartnern gestellt würden. Die Beauftragten der Arbeitnehmerorganisationen, veranlaßt durch die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise sowie überhaupt aller Verbrauchsgüter, stellten an den Verband der Zieleslegergeschäfte den Antrag, in neue Verhandlungen einzutreten. In der ersten Sitzung wurden die Forderungen der Arbeitgeber unterbreitet sowie die darauf folgende Sitzung vereinbart. Dasselbe fand aber nicht statt, weil die Arbeitgeber es ablehnten, weiter zu verhandeln. Sie glaubten die Zeit dadurch zu ihrem eigenen Vorteil verstreichen zu lassen. Daß dadurch das gegenseitige Vertrauen nicht gestärkt, im Gegenteil geschwächt wird, dürfte jedem Unbefangenen klar sein. Was war nun zu tun? Die Organisation der Arbeitnehmer wandte sich an den Kriegsausschuß, damit dieser vermittelnd eingreife.

Die Arbeitgeber neigten der Ansicht zu, als ob der Kriegsausschuß in Tariffragen nicht zuständig sei. Die Zuständigkeit wurde aber einstimmig festgestellt. In den Verhandlungen ließen die Arbeitgeber alle Wunden springen, um zu beweisen, wie hoch das Einkommen der Zielesleger bereits sei. Als Beweis wurden diejenigen Zielesleger angeführt, welche nun mal das Glück gehabt hatten, das verfloßene Jahr durchweg zu arbeiten. Die Arbeitnehmer dagegen vertraten den Standpunkt, daß die von den Arbeitgebern vertretene Anschauung nicht richtig sei. Diesen Standpunkt vertrat auch der Kriegsausschuß. Trotz längerem Verhandeln wurde eine Einigung nicht erzielt, weil die Arbeitgeber sich hartnäcklich hielten, einigermaßen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Dem Kriegsausschuß wurde folgender Schiedspruch gefällt: Der Stundenlohn erhöht sich vom 15. Dezember um 5 Pfg., vom 2. Februar 1918 um weitere 3 Pfg. Nichtig beträgt der Stundenlohn für Zielesleger ab 15. Dezember 1,70 \mathcal{M} , für Zieleslegerhilfsarbeiter 1,48 \mathcal{M} ; vom 2. Februar 1918 ab für Leger 1,73 \mathcal{M} für Hilfsarbeiter 1,51 \mathcal{M} . Wenn das Resultat auch nicht ganz, als befriedigend angesehen werden kann, so wäre der einzelne außer Kraft gewesen, sich diese Vorteile selbst zu verschaffen. Möge das ein besonderer Ansporn sein, denn die Zukunft braucht ganze Männer!

Das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie

wurde im Kriege recht lebhaft erörtert. Die Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie haben sich leider immer mehr verschärft. In wem die Schuld liegt, das soll jetzt nicht untersucht werden. Es gilt vor allem, die Gegensätze auszugleichen und die beiden großen Erwerbsgruppen sich wieder näher zu bringen. Diese Frage wurde auch auf dem 10. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine erörtert. Es verdient festgehalten zu werden, was der Geschäftsführer Bissels ausführte. Nach der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ (Nr. 22) sagte er:

„Für die kommende Friedenszeit müssen wir nun besonderen Wert darauf legen, in direkte Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu treten. Der Miß der durch unser deutsches Volk geht: „Die Landwirtschaft, die Industrie“, die Luft, die sich durch die einseitig geschilderten üblen Begleiterscheinungen des Krieges zwischen Landwirtschaft, Beamten- und Industriearbeiterchaft ausgetan hat, muß überbrückt werden. Stadt und Land sind bekanntlich auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Die bestehenden Gegensätze können nicht besser überwunden werden, als wenn die Genossenschaften der Landwirte die Hände reichen. Wir sind wohl alle davon überzeugt, daß es für unser ganzes nationales, soziales und politisches Leben von der allergrößten Bedeutung ist, wenn die großen Verbrauchsorganisationen der Groß- und kleinstädtischen Bevölkerung mit den Organisationen der Landwirte in denbar regsten Verkehre treten. Die heute tatsächlich bestehenden Gegensätze, deren Ursachen wir des lieben Friedens willen nicht erörtern und untersuchen wollen, müssen beseitigt werden. Ueber allen Zank und Streit der Meinungen des Alltags hinweg wollen wir gleichsam von hoher Warte als Organisationen der Verbraucher der Landwirtschaft

die Hände reichen. Hoffentlich finden wir bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften volles Verständnis für die Bedeutung dieser Frage. Schon jetzt, bevor die Handel und Verkehr einengenden Kriegsmassnahmen beseitigt sind, müßten die Leiter der großen Zentral-Organisationen Genossenschaften der Konsumenten sich mit den Genossenschaften unserer Mittel- und landwirtschaftlicher Seite zusammenschließen, um Mittel und Wege zu beraten, die für die zu erstrebende Gemeinschaftsarbeit angewandt bzw. eingeschlagen werden müssen.“

Es scheint auch uns der geeignete Weg zu sein, daß sich die Leiter der großen Zentral-Organisationen zusammenschließen, um Mittel und Wege zu beraten, die für die zu erstrebende Gemeinschaftsarbeit angewandt bzw. eingeschlagen werden müssen. Eine Gemeinschaftsarbeit nicht nur innerhalb der einzelnen Berufsstände, sondern nach dem Kriege notwendig sein, sondern eine Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Berufsstände und Bevölkerungsschichten. Nur dann wird es uns gelingen, die Wunden, die der Krieg eingeschlagen hat, zu heilen.

Eine Aufklärungswoche

Das Kriegsernährungsamt hat durch die Maßnahmen, die es den Erzeugern gegenüber einnehmen muß, auf einen schweren Stand. Um in diesen Notlagen mehr Verständnis für die Not der in der Kriegswirtschaft beschäftigten Arbeiter und der Großstadtbevölkerung im allgemeinen zu finden, hat es angeregt, daß jene aus eigener Anschauung die Industriezentren, wo auf engem Raum hunderttausende von Menschen zusammenwohnen, einmal kennenlernen.

So waren denn vom 3. bis 7. Dezember etwa 120 Landwirte aus den verschiedensten Provinzen, besonders aber aus dem Rhein, in Düsseldorf erschienen, um von hier aus das Industriegebiet mit den wichtigsten für die Ausrüstung und Bewaffnung von Heer und Flotte arbeitenden Fabriken, Hochöfen und Zechen zu besichtigen. Am Montag, den 3. Dezember fand in der Festsalle eine Begrüßung statt, wo der Regierungspräsident Karst hauptwiegend, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln, Aachen und Münster mit etwa 6 Millionen Bewohnern allein zwei Millionen Menschen in der vaterländischen Industrie beschäftigt habe. Davon sind 600.000 in den Bergwerken und an Kesseln und Feuern beschäftigt. 1.400.000 sind in der Schwerindustrie tätig. Allein der Regierungsbezirk Düsseldorf hat auf 5472 Quadratkilometer 3.500.000 Einwohner, unter diesen sind 20.000 Schwer- und 800.000 Schweißarbeiter, während 300.000 Arbeiter sonst für die Kriegswirtschaft tätig sind. Auf einzelnen Werken ist die Zahl der Arbeiter sehr stark emporgestiegen. Auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik waren vor dem Kriege etwa 8000 beschäftigt, heute bereits 40.000. Auf den Kruppwerken ist die Zahl 100.000 überschritten. Ein Direktor von der Gute-Hoffnungshütte zeigte in einem Vortrage die Bedeutung und Größe der rheinisch-westfälischen Industrie in diesem gewaltigsten aller Kriege. Nur dieser uns höchste gespannten Leistungsfähigkeit war es möglich, die Feinde vom deutschen Rhein fernzuhalten. Nur der späteren Generation wird es vorbehalten bleiben, das heute kaum fassbare Volkstum zu würdigen.

Ueber die Maßnahmen der Verwaltungsbehörden zum Zwecke der Lebensmittelversorgung des Industriegebietes verbreitete sich ein Oberregierungsrat. Bei dieser Gelegenheit wurden die wöchentlichen Rationen in Modelken vorgeführt. Höchste Anerkennung wurde den Arbeitern für ihr Verhalten und Durchhalten in dieser für sie harten Zeit ausgesprochen. Ein Arbeitervertreter legte den Landwirten die Ernährungsschwierigkeiten dar, in denen sich die Arbeiterschaft besonders im vergangenen Winter beunden habe. Die Landwirtschaft müsse alles, was nicht unbedingt in der eigenen Wirtschaft gebraucht würde, der Allgemeinheit zuführen, weil das Durchhalten der Nahrungswirtschaft bei allzu schlechter Ernährung in Frage gestellt sei.

Nach dieser Veranstaltung war gemeinschaftliches Mittagessen in der Kriegsküche, nachmittags wurden gruppenweise die kriegswichtigen Betriebe besichtigt. Hier hatten auch die Arbeitervertreter, denen ja sonst fast immer die Fabrikzwe verschlossen bleiben, Gelegenheit, das Innere betreten zu dürfen.

Was ist das doch in einer Geschütz- und Geschosfabrik für ein Fauchen, Dröhnen, Kreischen, Zechen, hier wird geklopft, genietet, gehohlet, dort gefeilt und gehobelt. Knirschend nur beugt sich das spröde Metall der Hand des Menschen. Trotz aller Lüftungs- und Entstaubungsvorrichtungen ist die Luft mit Staub und fridigen, fettigem Dunst erfüllt.

Auch die landwirtschaftlichen Besucher erkannten gerne an, daß ihre Arbeit zwar auch oft schwer und hart, sich aber in frischer Luft unter Gottes Himmel in freier Natur abspiele.

Die nächsten Tage führten die Besucher nach Oberhausen und Essen, wo die Zechen und Hochöfen eingehend besichtigt wurden.

Auch die Fabrikwerke in Levertufen mit ihrer Fabrikation in chem. Laboratorien- und Sprengstoffwerken ließ man sich nicht entgehen. Allerdings wurde auch überall, soweit es das militärische Interesse zuließ, die weitgehendste Aufklärung von den Werkleitungen gegeben. Abends fand sich Gelegenheit, in den Salalen mit den Arbeitern in nähere Beziehung zu treten.

Besichtigt wurden auch einige Schulen, Kinderhorte und die weitbekannte Düsseldorf-Wundenschule. In diesem Sinne fanden dann Nachbetrachtungen über die freiwillige Liebesfähigkeit statt. Ein evang. Geistlicher besprach die evangelische kirchliche Arbeit im Industriegebiet, während ein kath. Pater die charitative Arbeit der kath. Kirche während des Krieges behandelte.

Am 7. Dezember abends fanden sich die Teilnehmer der Aufklärungswoche zur Abschiedsfeier wiederum in der Tonhalle ein. Man besprach die Eindrücke, die man in diesen Tagen gewonnen, und versicherte, alles Notwendige tun zu wollen, um das Durchhalten im letzten Entscheidungsmomente dieses Weltkrieges zu ermöglichen.

Der anwesende Vertreter des Kriegsbernährungsamtes wünschte nun auch bessere und tatkräftige Mithilfe aus den Erzeugerkreisen, was ihm allseitig zugesprochen wurde.

Verbandsnachrichten

Endbetten. Hier fand am 8. Dezember eine sehr gut besuchte Bauarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Müller aus Münster über die Feuerungszulage, Agitation, sowie Festschließung der Winterbeiträge. In seinem Vortrage erläuterte Kollege Müller den Vertrag über die neue Feuerungszulage, er zeigte, wie notwendig deren Durchführung sei. Vorbedingung wäre eine gründliche Aufklärung der unorganisierten Bauarbeiter, ihre restlose Ausführung zum Verbanne. Auch bei der Umgestaltung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft sei wirksam für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes gegenüber den anderen Ständen einzutreten. Um uns überall durchzusetzen, dazu sei eine straffe Sammlung der Arbeiter in christlichen Verbänden das Gebot der Stunde, nur so könnten wir wirksam am Aufbau des neuen Deutschland arbeiten und unsere Rechte wahren. Der Vortrag wurde dadurch belohnt, daß alle unorganisierten Bauarbeiter Mitglied unseres Verbandes wurden, so daß unsere Zahlstelle wieder kräftig dastehet. Einstimmig wurde beschlossen, für die Beitragsfreie Zeit einen wöchentlichen Lotterbeitrag von 20 Pfg. zu zahlen. Mit dem Vorsatz, dafür zu sorgen, daß in kürzester Frist unorganisierte Bauarbeiter hier nicht mehr zu finden sind, schloß die schöne Versammlung.

Berlin. Abendunterricht für kriegsbeschädigte Bauhandwerker an der Kgl. Baugewerkschule in Neukölln. Für die zahlreich vorhandenen kriegsbeschädigten Bauhandwerker (Maurer, Zimmerer, Steinmetze, Bau- und Möbeltischler), die am Tage ihrem Erwerbe nachgehen müssen, werden Anfang Januar besondere Abendkurse eingerichtet werden. Anmeldungen haben bald zu erfolgen. Die Schulleitung (Weinstraße 39-43, Fernruf Neukölln 867) gibt auf Anfragen weitere Auskunft. — Nachmittagsunterricht für kriegsbeschädigte Bauhandwerker an der Kgl. Baugewerkschule in Neukölln. An der mit der Kgl. Baugewerkschule in Neukölln verbundenen, organisatorisch aber völlig getrennten Fachschule für kriegsbeschädigte Bauhandwerker beginnen am 7. Januar neue Kurse. Es wird Maurern, Zimmerern, Steinmetzen, Bau- und Möbeltischlern und Angehörigen anderer baulicher Berufe Gelegenheit gegeben, sich zum Bauzeichner, Polster oder Werkmeister auszubilden. Die Ausbildung ist in sich abgeschlossen und umfaßt außer Bauzeichnen und Baukonstruktionslehre den Unterricht im Veranschlagen, Baustoffkunde, Buchführung, Geschäfts- und Schriftverkehr, Bürgerkunde, baugewerblichem Rechnen, Schriftzeichnen und Schön schreiben. Die Teilnahme ist allen denen gestattet, deren körperlicher Zustand eine Beschäftigung im Vaterländischen Hilfsdienste nicht zuläßt. Die Ausbildung ist völlig unentgeltlich. Es erwachsen keinerlei Unkosten. Der Unterricht findet jeden Nachmittags, etwa von 2 bis 6 Uhr, statt und muß regelmäßig besucht werden. Der Eintritt kann auch früher erfolgen. Anmeldungen am besten persönlich in der Kgl. Baugewerkschule Neukölln, Weinstraße 39-43, nach vorheriger Anmeldung durch Fernruf Neukölln 867.

Mheine. Zum 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, hatten wir die Bauarbeiter zu einer Versammlung eingeladen. Organisierte, sowie unorganisierte Kollegen waren in großer Zahl dem Hause gefolgt. Sie folgten mit großer Aufmerksamkeit den 1 1/2 stündigen Darlegungen des Kollegen Müller aus Münster, der nicht nur die neue Feuerungszulage bekanntgab und deren strikte Durchführung verlangte, sondern mit großem Nachdruck unsere Aufgaben in dem aus dem Kriege verjüngt hervorgehenden Deutschland uns vor Augen hielt. Welche Rechte gegenüber den übrigen Ständen in politischer wie sozialer Hinsicht müßten erreicht werden. Gerechte Verteilung der durch den Krieg geschaffenen Steuerlasten, Bekämpfung der schamlosen Wucherer durch kräftige Selbsthilfe sei ebenfalls notwendig, wenn wir nicht in noch größeres Elend hineingeworfen werden wollten. Zusammenfassung aller Kräfte des Arbeiterstandes in der Organisation zum selbstbewußten Handeln, um die Forderungen des 4. christlich-nationalen Arbeiterkongresses durchzusetzen, sei notwendig, auf jeden einzelnen komme es an. Ein gutes Verhältnis zum Polizeibund müsse geschaffen werden und freudig sich, daß auch die Polizei der Einleitung gefolgt und anwesend war. An die beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhaft diskutierte Debatte an, in der auch die Polizei durch die Notwendigkeit der Organisation nachdrücklich. Es dürfe keine Polizei, keine Schellen, keine Arbeiter im Baugewerbe geben, der nicht Mitglied seiner Organisation sei. Einmalige unorganisierten Bauarbeiter schlossen sich anderen Verbänden, die unorganisierten Polizei dem Polizeibund an. Die Versammlung wurde die Festschließung eines letzten Winterbeitrags von 20 Pfg. beschlossen. Die lehrreiche Versammlung schloß mit dem beschriebenen Diner, für die Teilnehmer wurde ein reichhaltiges Essen, das wir in kurzer Zeit aufgegessen hatten, sehr dankbar und sehr schön.

Kollegen in solch großer Zahl vertreten, wie es längere Jahre nicht mehr der Fall war. Zunächst gab der Kassierer Kollege Knoppe den Quartalsbericht vom 3. Quartal bekannt, anschließend daran hielt der Bezirksleiter Kollege Müller einen instruktiven Vortrag über die Feuerungszulage, Notwendigkeit der Agitation und unsere Aufgaben der Zukunft. Die Preistreiber ohne Ende hätten gebieterisch eine weitere Feuerungszulage verlangt, ihre sofortige allgemeine Durchführung sei dringend notwendig. Die Preistreiber auf allen Gebieten krächten immer größeres Elend in die Arbeiterfamilien, diese zu schützen, ist erste Pflicht. Der Wucher in Bekleidungsstücken übersteige jedes Maß, wofür neben einigen drastische Beispiele anführt. Kräftigste Abwehr sei zwingende Pflicht. Die gerechte Lösung der Steuerfrage nach dem Kriege, unsere Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft nach der politischen sowie der sozialen Seite müsse durchgesetzt werden. Die Mitwirkung bei der Amickaltung der Volkswirtschaft für die Friedensbedürfnisse sei ebenso notwendig. Der große Lehmeister Krieg hammers es fest ins Gedächtnis hinein, was es heißt Zusammenfassung und richtige Verteilung aller vorhandenen Kräfte in einer Organisation. Darum Werbearbeit für unseren Verband; jedes einzelne Mitglied sei notwendig, um Fortschritte zu machen und das Erreichte zu erhalten. Lebhaft Zustimmung folgte. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Verbandsleitung lobend anerkannt, sowie weitere Wünsche vorgebracht, für deren möglichste Durchführung sich der Kollege Müller einzusetzen versprach. Der Winterbeitrag wurde nach kurzer Aussprache über das Jahr und Taggen fast einstimmig auf 20 Pfennig für die Woche festgesetzt, um eine weitere Stärkung der Lokalkasse herbeizuführen. Kurz vor 2 Uhr konnte der 2. Vorsitzende Kollege Behrend bei allen Teilen befriedigend verlaufene Versammlung schließen, die neues Leben und Organisationsfreudigkeit in die Reihen der Kollegen getragen hat. Die Ausarbeitung muß sein, so kräftig an der Aufklärung zu arbeiten, daß selbst mit der Laterna keine unorganisierten Maurer, Zimmerer, Fliesenleger, Hilfsarbeiter, Stuckateure, Betonarbeiter, Erdbarbeiter usw. mehr hier zu finden sind.


verschärft habe. Er führte als Beispiel an, daß in Mannheim augenblicklich kaum 400 Wohnungen leer stehen und in einigen Vororten der großen Stadt überhaupt keine leere Wohnung zu finden ist. Da nach dem Kriege an eine sofortige Wiederaufnahme der privaten Bautätigkeit nicht zu denken ist, so müsse man mit einer Verschärfung der Wohnungsnot rechnen. Dies zu verhindern habe sich der Bad. Baubund zur Aufgabe gesetzt. Ihn zu unterstützen, sei die Pflicht weiterer Kreise.

Minister v. Bodmann teilte hierauf mit, daß die Zahl der Beitragsrückstellungen und der Mitteilungsbeiträge schon eine recht erfreuliche sei; bis jetzt sind über 420 000 M an Anteilen gezahlt worden und für die geplante Bad. Landeswohnungsstiftung zur Errichtung von Heimstätten für kriegsreiche Familien und Kriegsteilnehmer sind nahezu 400 000 M überwiesen worden.

Es folgte eine Aussprache, an welcher sich Vertreter genannter Organisationen und Verbände, der Verwaltungen und Städte beteiligten. Gesh. Rat Beck von der Landesversicherungsanstalt Baden, teilte mit, daß die Anstalt, die schon lange der Wohnungsfürsorge ihre Aufmerksamkeit angedeihen lasse, bis jetzt an 16 Gemeinden, 88 Baugenossenschaften und 6460 verschärfte Darlehen für Wohnungsbau im Gesamtbetrage von 36 Millionen gegeben habe. — Der Vertreter des badischen Landeswohnungsvereins, Baurat Prof. Eitzgenader, sagte, der Baubund müsse in der Praxis wirken, während der Landeswohnungsverein nur eine anregende und klärende Tätigkeit üben könne. Es sprachen dann weiter Bürgermeister Winter-Mannheim für den Verband der Bauvereinigungen und Oberbürgermeister Siegrist-Karlsruhe, der ausführte, daß die großen baulichen Städte der Neugründung wohlwollend gegenüberständen. Bei der Fürsorge für den Wohnungsbau dürfe man den privaten Bauunternehmer nicht vergessen. Weiter nahmen das Wort Bürgermeister Thorbecke-Singen im Auftrag der mittleren Städte Badens, Direktor Stöcker für den Vorstand südbadischer Industrieller, Frau Prof. Richter namens des Nationalen Frauenbundes, Gesh. Justizrat Bohlen-Geiselsberg, der die Anwendung des § 8 des Enteignungsgesetzes anregte. Des ferneren sprachen Vertreter der Gewerkschaften, der Krankenkassen, der Kriegsbeschädigten, der Landwirtschaftskammer und des Bad. Bauernvereins, sowie des Vereins der Mannheimer Baugeschäfte. Sie alle begrüßten die beabsichtigte Gründung des Bad. Baubundes und sagten Unterstützung zu. Die Gründungsversammlung selbst wird Anfang des kommenden Jahres erfolgen.

Der Großherzog führte aus: Der Verlauf der Versammlung habe gezeigt, daß wir aufbauen wollen, für die Familien, für die Zukunft kommender Geschlechter, und damit einen Teil des Dankes abtragen für unsere tapferen Kämpfer. Gebe Gott, daß aus der Gründung reicher Segen für unser Vaterland erwachse. Das ist mein innigster Wunsch.

Hierauf schloß Minister Freiherr v. Bodmann mit einem begeistert aufgenommenen und dreifach wiederholtem Hoch auf den Großherzog die Versammlung.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland:

Heinrich Ruffemeier aus Willebadessen.
Bauhütte Esen, Sektion Krupp.

Friedrich Neufeld.
Bauhütte Danzig, Maurer.

Wilh. Jasper aus Hiltrup.
Verwaltungsstelle Münster i. W.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Gründung eines Badischen Baubundes

In Anwesenheit von über 250 Personen aus ganz Baden, Vertretern der Kreise der Städte, der Sparkassen, der Landesversicherungsanstalt, der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften, der Bauvereinigungen, sonstiger gemeinnütziger Vereinigungen, der Berufsvereine von Beamten und Arbeitern, der Banken, der Handels- und Handwerkskammern, der Landwirtschaftskammer u. a. m. fand am 9. Dezember in Karlsruhe eine Vorbesprechung über die Gründung des Bad. Baubundes statt, zu welcher das Ministerium des Innern Einladungen hatte ergehen lassen. Zu der Versammlung waren weiter erschienen der Großherzog, Prinz Max, der komm. General und Finanzminister Dr. Rheinboldt, ferner mehrere Landtagsabgeordnete. — Der Minister des Innern Dr. Fehr v. Bodmann, begrüßte die Anwesenden und verwies auf die Wichtigkeit der in Frage stehenden Gründung.

Der Landeswohnungsinspektor Dr. Kampfmeyer verbreitete sich danach eingehend über die Aufgaben des Bad. Baubundes. Dieser zerfällt in drei Abteilungen; in eine Bauabteilung, welche die Vermittlung und, soweit nötig, die Gewährung von hypothekarischen Darlehen für die dem Baubund angeschlossenen Bauvereinigungen übernimmt ebenso die Gewährung von Kredit an die dem Baubund angeschlossenen Bauvereinigungen. Die 2. Abteilung, die Siedlungsabteilung, stellt sich die Vorbereitung der Gründung gemeinnütziger Bauvereinigungen, ihre Beratung und Unterstützung zur Aufgabe. Sie wird nach Möglichkeit mit der Planung und Verwaltung tüchtige Architekten betrauen und die wissenschaftlichen Bauhandwerker berückichtigen. Eine weitere Aufgabe sieht sie in der Beschaffung von Baupfosten und Einrichtungsgegenständen für Siedlungen und Altsiedlungen. Die dritte Abteilung endlich umfaßt die Beschaffung von guten und preiswerten Wohnungseinrichtungen gegen Barzahlung und bei anstrengender Sicherheit gegen Anzahlung. In einem längeren Vortrage verbreitete sich sodann Gesh. Rat Winter über die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse während des Krieges. Er wies dabei darauf hin, wie in vielen Gemeinden schon vor dem Kriege eine Wohnungsnot bestanden habe, die durch die fortgesetzte Einengung und teilweise Einstellung der Bautätigkeit in den Kriegsjahren sich noch

Bekanntmachung

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Achtung, Verwaltungsstellenassistenten!

Ende Dezember werden die Abrechnungsformulare versandt. Von da ab werden keine alten Marken mehr vom der Zentrale ausgegeben. Mit Jahreschluss verlieren die alten Marken ihre Gültigkeit. Bei der Einsendung der Abrechnungen und der übrigen alten Marken können gleichzeitig neue Marken bestellt werden, diese gehen dann den Kassierern sofort zu.

Bevor die alten Marken mit der Abrechnung nicht nach hier gesandt sind, können neue Marken nicht versandt werden.

Der Zentralvorstand.
F. M.: Jos. Wieberg.



Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung

des

Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands